

bringen, indem wir genauso viele Studierende ausbilden wie Bayern, obwohl wir viel weniger dafür ausgeben, dann sind wir gemäß Ihrer dokumentierten Meinung Schlusslicht. Wenn wir besonders viel ausgeben und im Länder-Benchmarking hinten liegen, sind wir auch wieder Schlusslicht. Wie können Sie mir das intellektuell herleiten?

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Beim letzten Mal, als Sie mich gefragt haben, habe ich festgestellt, dass wir uns intellektuell duellieren. Sie sind unbewaffnet gekommen. Jetzt stelle ich fest, Sie kommen mit einem Messer zu einer Schießerei. Denn pro Kopf ist pro Kopf. Und ob sich der Student in Bayern befindet oder in Nordrhein-Westfalen, spielt keine Rolle. Entscheidend ist doch, wie viel Geld Sie pro Kopf den Studierenden in Ihrem Haushalt zur Verfügung stellen. Andere Bundesländer erhalten ja auch viel weniger Förderung aus Berlin als wir. Deshalb ist doch die Relation identisch.

Sie kommen nicht um die Tatsache herum, dass wir auf dem letzten Platz pro Studierenden an Universitäten und auf dem viertletzten Platz an Fachhochschulen sind. Und da sind wir auch in einer gut geratenen Halloweenkoalition mit den Piraten; die sehen das genauso. Wir werden das im Wissenschaftsausschuss auch weiter thematisieren.

(Zuruf von der SPD: Das hat uns aber überzeugt!)

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Haushalt ab. Damit ist auch alles gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Herr Dr. Paul hat sich noch zu Wort gemeldet; die Piraten haben noch zwei Minuten Redezeit.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Berger, der Ausdruck „Halloweenkoalition“ war für mich jetzt das Passwort. Wir diskutieren hier über einen Haushalt und über Geldmittel. Das ist völlig in Ordnung, es ist eine Haushaltsdebatte.

Nur wenn es um das grundlegende Konzept geht, wird immer etwas verpennt: Hochschulautonomie, Hochschulfreiheit hat nichts damit zu tun, dass der Staat nicht seine Interessen deutlich macht, nur muss er es auf demokratische und transparente Art und Weise tun, genau wie der Markt. Und da haben Sie noch Lernbedarf. Erweitern Sie bitte Ihren Horizont. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7506, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 06** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
(Arbeit, berufliche Weiterbildung, Integration, Soziales)

In Verbindung mit:

Verantwortung für Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen gerecht werden – Verdopplung des Integrationshaushaltes, um Aufnahmegesellschaft zu sensibilisieren und flächendeckend kostenlose Deutschsprachkurse anzubieten!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7407

Ich möchte hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7511 zum Einzelplan 11.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Matthias Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor Beginn der Adventszeit hat Minister Schneider damit Schlagzeilen gemacht, dass er aus eigener Tasche seinem Ministerium den Weihnachtsbaum spendiert hat, da der Ministeriumsbaum der Haushaltssperre zum Opfer gefallen war. Ich finde, Herr Minister, das ist eine schöne Geste und Ausdruck von Wertschätzung.

Aber, was nützt der schönste Weihnachtsbaum, wenn nichts drunter liegt? Was nützt der schönste Weihnachtsbaum, wenn an ihm keine Kerze brennt, weil sich Ideenlosigkeit und Perspektivlosigkeit breitmacht?

(Beifall von der CDU)

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen kann niemanden zufriedenstellen, auch wenn die Novemberzahlen eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vormonat und Vorjahr zeigen. Auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist NRW Schlusslicht. Über 700.000 Arbeitslose machen das Problem deutlich. Fast jeder dritte Bezieher von Arbeitslosengeld II bundesweit lebt in NRW. Dazu kommt eine völlig unbefriedigende Situation bei Jugendlichen und behinderten Menschen, für die trotz viel Rhetorik keine konkrete Verbesserung erkennbar ist.

Ihre Halbzeitbilanz in der Arbeitsmarktpolitik lautet daher: Sie versagen dort, wo Menschen am ehesten einen handlungsfähigen Staat brauchen. Sie sind ein Risiko für die Arbeitslosen in diesem Land und für alle, die davon bedroht sind. Nirgends sind die Chancen schlechter, wieder in Arbeit zu kommen, als hier.

(Beifall von der CDU)

Ihnen, Herr Minister, fällt angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht viel mehr ein, als wieder nach dem Bund zu rufen, der die Probleme in NRW lösen soll. Dabei sind die Probleme von Nordrhein-Westfalen hausgemacht.

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wächst seit Jahren unterdurchschnittlich. Die Ursachen liegen nicht im Strukturwandel von Kohle und Stahl, sondern in einer geringeren Produktivität, geringeren Ausgaben für Forschung und Entwicklung, geringeren Investitionen und kürzeren Arbeitszeiten. Und wären wir zwischen 2000 und 2012 genauso stark wie Bayern gewachsen, hätten Land und Kommunen 3,2 Millionen € mehr Steuereinnahmen, und wir hätten 300.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr.

Wir fallen beim Wachstum zurück – und das wirkt sich negativ auf den Arbeitsmarkt auf.

Deshalb ist die Bilanz schlechter als in anderen Bundesländern. Und anders, als Sie behaupten, ist nicht die Arbeitsmarktpolitik des Bundes ein Problem für NRW, sondern die Politik in Nordrhein-Westfalen ist zu einem Risiko für den Arbeitsmarkt in ganz Deutschland geworden.

(Beifall von der CDU)

Ich finde, wenn man eine solche Bilanz zu vertreten hat, dann muss man alles darauf setzen, dass trotz Klimaschutzgesetz, dass trotz Tariftreuegesetz und, und, und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen investieren und Arbeitsplätze schaffen. Dann wäre das Letzte, was man einem Minister empfehlen würde, nach weiterer Regulierung und Bürokratie zu rufen, wie Sie das tun.

Ihr Vorschlag, eine Anti-Stress-Verordnung auf den Weg zu bringen, ist genau das Gegenteil von dem,

was dieses Land braucht. In Ihrem Weltbild sind die, die sich selbstständig machen, die investieren, die Risiken eingehen, die Arbeitsplätze schaffen, diejenigen, die Sie unter Generalverdacht stellen, Beschäftigte schlecht zu behandeln. Deshalb rufen Sie ständig nach neuen Gesetzen. Eine Anti-Stress-Verordnung braucht kein Mensch. Wir haben klare Regelungen zu Arbeitsschutz und Arbeitszeit. Sie sollten endlich aufhören, durch immer neue Maßnahmen und Bürokratie das Klima für Investitionen in NRW zu verschlechtern. Nicht alles, was man gesetzlich regeln kann, muss auch gesetzlich geregelt werden.

(Beifall von der CDU)

Die Fragen von Erreichbarkeit, von Vermischung von Arbeit und Freizeit durch moderne Kommunikationstechnologien sind Fragen an die Betriebsparteien und an die Unternehmenskultur und nicht zuerst Auftrag an den Gesetzgeber.

Meine Damen und Herren, zu dieser Debatte gehört aber auch die Frage danach, wie Ihr Haus aufgestellt ist, um mit den Herausforderungen umzugehen. Auch da werfen die letzten Monate kein gutes Licht auf Ihre Amtsführung. Die Haushaltssperre und ihre finanziellen Folgen haben auch Träger unter anderem in Schwierigkeiten gebracht, die im Bereich Inklusion am Arbeitsmarkt unterwegs sind.

Beim Bildungsscheck legen Sie eine Vollbremsung hin und richten ein ziemliches Chaos an, ohne mit den Kooperationspartnern vor Ort, die die Beratungen durchführen, Kontakt aufzunehmen. Es mangelt an Planbarkeit und Verlässlichkeit. Ich finde, so geht man nicht miteinander um.

(Beifall von der CDU und Ulrich Alda [FDP])

Und zum Umgang miteinander gehört auch, dass Sie offensichtlich auch Probleme bei der Personalauswahl in Ihrem engeren Umfeld haben. Der Skandal um die Staatssekretärin Kaykin, gerichtliche Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen Büroleiter, Diskussionen um die Nebentätigkeiten Ihrer Sprecherin, all das zeigt: Pleiten, Pech und Pannen in Ihrem Ministerium, wohin man blickt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen wird Halbzeitbilanz der Regierungsarbeit gezogen. Der „Kölner Express“ schreibt über Minister Schneider – ich zitiere –:

„Keiner kann stimmungsvollere Reden bei der Mai-Kundgebung halten als der gelernte Werkzeugmacher aus Dortmund.“

– Zitat Ende. –

Dem will ich nicht widersprechen. Ihr Problem und das Problem für dieses Land ist nicht der 1. Mai, sondern es sind die 364 anderen Tage im Jahre, in denen Nordrhein-Westfalen schlecht regiert wird.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich zu Beginn der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 11 feststellen, dass der Kurs klar bleibt. Das Leben in Nordrhein-Westfalen soll gerechter werden. Wir stellen Chancen und Teilhabe für alle sicher. Wir unterstützen besonders diejenigen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen, für ihre Interessen einzutreten. Wir übernehmen Verantwortung für die Schwachen in unserer Mitte. Wir bleiben damit Vorreiter für eine hervorragende Sozialpolitik in Deutschland.

(Beifall von Ibrahim Yetim [SPD])

Die wichtigsten Punkte will ich kurz anreißen.

Erstens. Wenn Herr Kerkhoff eben vom Weihnachtsbaum gesprochen hat, so ist es uns mit dem Haushalt gelungen, den Menschen, die auf die Fortführung der Schulsozialarbeit gehofft haben,

(Beifall von der SPD)

ein sehr wichtiges und klares Geschenk unter den Weihnachtsbaum zu legen. Ich bin mir sicher, dass dieses Geschenk sozialpolitische Früchte tragen wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir stehen zu unserem Prinzip „Kein Kind zurücklassen“, und ich will hier noch einmal feststellen, dass das Land einspringt, weil der Bund die zeitlich begrenzte Unterstützung, die er für diese immens wichtige Arbeit zugesagt hat, immer noch nicht verlängert hat. Wir werden den Bund auch in Zukunft nicht aus der Verantwortung entlassen.

Die Schulsozialarbeit – ich sage immer lieber Quartierssozialarbeit, weil es zu Irritationen über die Ausrichtung kommen kann – gehört ins Sozialgesetzbuch II. Letztendlich hat Frau von der Leyen damals das Urteil des Bundesverfassungsgerichts einkassiert. Deswegen ist der Bund nach wie vor in der Verpflichtung zu handeln, tätig zu werden und dafür zu sorgen, dass die Sozialarbeit für benachteiligte Kinder und Jugendliche nicht einfach ausläuft.

(Beifall von Jutta Velte [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, das Land hilft hier den Kommunen mit 48 Millionen € und sichert so die Fortführung von immerhin 1.500 Stellen in Nordrhein-Westfalen. Im Landesdurchschnitt übernimmt der Landeshaushalt damit einen Anteil von 70 % der Kosten und beweist einmal mehr: Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein verlässlicher und solider Partner der Kommunen in unserem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Von dem Programm profitieren vor allem bedürftige Kinder und Jugendliche. Die Schulsozialarbeit oder Quartierssozialarbeit trägt dazu bei, soziale Benachteiligungen auszugleichen und gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe herzustellen. Sie ist also – ich betone das noch einmal – ein wichtiger Bestandteil der Prävention und aus unserer Sicht unersetzlich. Deshalb führen wir sie weiter.

Zweitens. Die Bekämpfung von Armut bleibt auch in 2015 eine zentrale Aufgabe der Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Der Sozialbericht 2012 hat deutlich gemacht, dass das Armutsrisiko von Kindern im Alter von bis zu 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen bei 20,4 % liegt. Erst in der vorletzten Woche berechnete das Statistische Landesamt IT.NRW, dass etwa im Jahr 2013 jeder sechste Einwohner Nordrhein-Westfalens – 16 % – von relativer Einkommensarmut betroffen war. Auch hier wird wieder klar, wie wichtig unser präventiver Ansatz zur Armutsbekämpfung ist.

Der Sozialverband VdK forderte angesichts der aktuellen Zahlen beispielsweise wirksame, regionalspezifische Maßnahmen zur Eindämmung und Vermeidung von Armut, damit Armut nicht zur Normalität wird. – Ich kann dazu nur sagen: Viele dieser Maßnahmen haben wir bereits jetzt ergriffen, oder sie werden anlaufen.

Über all dem steht eines: dass wir Armut von Kindern und Altersarmut nur dann vermeiden können, wenn die Menschen, die arbeiten, auch vernünftig bezahlt werden und davon leben können, was sie Ende des Monats nach Hause bringen. Dazu wird ab 1. Januar der Mindestlohn in Deutschland einen zumindest nicht unerheblichen Beitrag leisten. Ich sage: Das ist gut so, und es wird höchste Zeit, dass er kommt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir stellen darüber hinaus unter dem Strich 4 Millionen € mehr für unsere Politik der Prävention zur Verfügung. Diese zusätzlichen Mittel sind zum einen für bedürftige Kinder und Familien in Stadtteilen mit hoher Armutsquote einzusetzen. Insbesondere erfahren die Angebote aufsuchender Sozialarbeit eine Stärkung.

Wir in NRW gehen mit dem Handlungskonzept der Landesregierung gegen Armut und soziale Ausgrenzung neue Wege der aktiven Armutsbekämpfung vor Ort. Rot-Grün steht für eine Politik, die der Prävention von Armut und sozialem Ausschluss bewusst Priorität einräumt und darauf ihr Hauptaugenmerk richtet. Angebote im Quartier sind dabei besonders wirkungsvolle Instrumente eines aktiven, innovativen, vorsorgenden Ansatzes, dessen zwei tragende Säulen die Sozialplanung und die Orientierung am konkreten Sozialraum sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch anfügen, dass wir auch die Betreuungsvereine in Nordrhein-Westfalen unterstützen und im Haushaltsjahr 2015 dafür sorgen, dass sie 200.000 € mehr bekommen. Dadurch sichern wir die Handlungsfähigkeit dieser Vereine und tragen dazu bei, dass auch die ehrenamtliche Betreuungsarbeit, die hier täglich geleistet wird, entsprechend unterstützt wird. Diese unverzichtbare Arbeit bei den Betreuungen hat schon einige Zeit keine Anpassung der Pauschalen erfahren, und deswegen wurde es Zeit, hier etwas zu tun.

Genauso wichtig ist: Die Betreuungsvereine leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass auch ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewonnen werden, die durch ihre freiwillige Arbeit die öffentlichen Kassen entlasten.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema „Arbeitsmarktpolitik“ sagen. Ich habe eben Herrn Kerkhoff sehr aufmerksam zugehört. Bei seinen Ausführungen hat er völlig ausgeblendet, dass unter Arbeitsministerin von der Leyen die Eingliederungsgelder, die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik kräftig eingedampft worden sind und die Bundesagentur kaum noch Spielräume zur Verfügung hat, um Arbeitsmarktprogramme auch für die Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen zu fahren.

Ich habe das damals für einen Skandal gehalten und halte das auch heute noch für einen Skandal, dass der Bund seiner Verantwortung nicht gerecht wird und Nordrhein-Westfalen mit ESF-geförderten Programmen, wie zum Beispiel im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes, dafür sorgt, zumindest einem Teil der Menschen eine Perspektive zu eröffnen.

Ich frage mich, Herr Kerkhoff, wo in den Ausschussberatungen Ihre Vorschläge und Ideen geblieben sind, was Nordrhein-Westfalen in der Arbeitsmarktpolitik noch leisten könnte, um mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Ich glaube, dazu war Ihr Beitrag recht dünn.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch darauf hinweisen, dass wir heute den Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung haben. Deswegen ist es mir auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir dafür sorgen, dass jugendliche behinderte Menschen Ausbildungsplätze kriegen, dass wir dafür sorgen, dass die Teilhabe in Nordrhein-Westfalen auch künftig im Vordergrund stehen wird, dass wir es ernst nehmen, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, und dass wir im nächsten Jahr eine sehr ausführliche Debatte auch hier im Hause darüber bekommen werden, wie das Inklusionsstärkungsgesetz aussehen wird. Wir haben also noch eine ganze Menge Arbeit vor uns.

Ich bitte Sie, unseren Änderungsanträgen und dem Einzelplan 11 zuzustimmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Scheffler. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Alda.

Ulrich Alda (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Nach so einem Lob auf den geplanten Haushalt wage ich gar nicht mehr zu sprechen.

(Beifall von der SPD)

Sie sind ja schon angefangen mit der Schulsozialarbeit. Sie haben gesagt, das sei ein Geschenk unter dem Weihnachtsbaum. Ganz ehrlich: So spät ist es nicht gekommen. Es ist maximal ein Adventstablättchen oder so etwas, das so richtig auf Kosten der Kommunen und der Sozialarbeiter gegangen ist, die sich mittlerweile eine andere Stelle gesucht haben.

Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, bleibt unter der rot-grünen Landesregierung hinter seinem Potenzial zurück. Bei den wichtigsten sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Aufgaben kommt diese Regierung keinen Zentimeter voran.

(Beifall von der FDP)

Ich weiß, das weicht jetzt von dem Vorredner ab. Wir haben einen regelrechten Betonblock bei der Rekordlangzeitarbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze und Ideenlosigkeit bei der sozialen Inklusion. Nordrhein-Westfalen bietet den Menschen weniger Aufstiegschancen als die meisten anderen Bundesländer. Das gilt zumindest für alle hier im Westen. Der Kurs dieser Regierung ist falsch: Umverteilung statt wirtschaftlicher Freiheit, Schulden statt Sparen, soziale Fassade statt mutiger Verbesserungen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für die Menschen in unserem Land wird weniger besser, aber vieles bürokratischer und investitionsfeindlicher.

Minister Schneider redet viel von sozialer Gerechtigkeit – in den zweieinhalb Jahren, die ich jetzt dem Parlament angehöre, eine Worthülse, die immer mehr strapaziert wird bis zur Unkenntlichkeit. Sie liefert aber keine handfesten Ergebnisse. Eine Politik, meine Damen und Herren, die sich in Hunderten rot-grüner Projekte und Programme verzettelt, dabei aber von der ökonomischen Entwicklung abgekoppelt wird, muss scheitern.

Die Bilanz dieser Landesregierung ist auch auf dem Gebiet der Ökonomie mangelhaft. Dies zeigt sich auch in unseren Bereichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. An den verheerenden Zahlen bei den staatlichen Transferleistungen zeigt sich erneut die Unfähigkeit der rot-grünen Landesregierung. In NRW muss mehr als jeder Zehnte vom Staat unterstützt werden. Ende 2013 – das ist ja gerade mal

ein Jahr her – erhielten rund 1,94 Millionen Menschen sogenannte Mindestsicherungsleistungen. Das waren 11 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen. 2012 hat die Mindestsicherungsquote noch 10 % betragen. Die Regierung ist nicht in der Lage, die drängenden Probleme adäquat zu lösen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Verringerung der hohen Langzeitarbeitslosigkeit ist dabei ein wichtiger Punkt. Mit althergebrachten Rezepten wie immer neuen Modellprogrammen wird den Menschen nicht effektiv geholfen. Das ist nichts anderes als sehr, sehr alter Wein in immer wieder neuen Schläuchen.

Die Landesregierung muss sich darauf konzentrieren, Langzeitarbeitslose tatsächlich in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. NRW braucht keinen riesigen und teuren Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung.

Herr Minister Schneider, Sie sollten mehr mit den mittelständischen Arbeitgebern reden, um dort die Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, ich fordere Sie seit Jahren auf, direkt mit den mittelständischen Unternehmern zu sprechen. Ich weiß ja, dass Sie es können. Sie machen es nur immer über die Büfettfront mit den ganzen Verbandsfunktionären.

(Minister Guntram Schneider: Nein, nein, nein!)

Das klappt nicht. Gehen Sie mal zu denen, die wirklich Probleme haben!

Das Gleiche gilt für das Thema „Auszubildende“. Wie steht es um die Berufsausbildung in NRW? Im Jahr 2014 blieben in NRW insgesamt über alle Branchen mehr als 5.300 Ausbildungsplätze unbesetzt. Die Gründe hierfür sind – zugegeben – vielfältig. Sie liegen aber auch zum Beispiel in der mangelnden Sozialkompetenz vieler Bewerber sowie in sehr eingegengten Berufsvorstellungen.

Diesen stehen allerdings in großer Zahl junge Menschen gegenüber, die keinen Ausbildungsplatz finden. 2014 waren das noch rund 6.500 nach den nach wie vor existierenden Schulabgängern, die trotz eines Abschlusses nicht ausbildungsreif sind, so wie gerade beispielhaft beschrieben.

Es scheint demnach weiterhin Fehlstellungen im Bildungssystem zu geben, die ja heute auch schon ein paar Mal beleuchtet worden sind, die einen reibungslosen Übergang von der Schule in die Ausbildung behindern.

Diese Entwicklung besorgt insbesondere kleine und Kleinstunternehmen. Das ist das, was ich gerade meinte, Herr Minister. Ein Grund dafür sind auch steigende bürokratische Lasten. Ich will jetzt nicht

wieder das Tariftreuegesetz etc. erwähnen. Die binden Zeit und Ressourcen, die man eigentlich als Klein- und Mittelunternehmer eher in die Betreuung der Auszubildenden geben will.

Daher lehnen wir auch die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe ab. Wir wollen die Belastungen der Betriebe mit immer neuen Abgaben und mehr Bürokratie reduzieren.

Herr Minister, in dem Zusammenhang helfen auch Sie bitte mit, den Akademikerwahn endlich mal einzudämmen, indem man auch sagt: Lehre, Meister, Selbstständigkeit, Chefsein sind auch eine Alternative!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zum Thema „Inklusion“ noch: Menschen mit Beeinträchtigungen die Teilhabe am Leben und mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen, ist ein wichtiges Ziel. Nach zweieinhalb Jahren weitgehenden Stillstandes in der Politik für Menschen mit Behinderung, die sich außerhalb des schulischen Umfeldes befinden, hat das Kabinett den Entwurf eines Inklusionsstärkungsgesetzes vorgelegt. Die ersten Reaktionen darauf aus der Fachwelt sind sehr verhalten. Es werden echte Verbesserungen vermisst und angemerkt, dass lediglich Gesetze überarbeitet und zusammengefasst werden.

Fazit: Nordrhein-Westfalen muss heraus aus seiner Lethargie. Dieses Land braucht neue Ideen. Die Politik muss enklifit gestaltet werden. Das bedeutet weniger Schulden und keine neuen bürokratischen Belastungen der Betriebe. Bildung, Investitionen und Qualifikationen müssen absolute Priorität bekommen.

In diesem Zusammenhang lehnen wir den Einzelplan auch ab. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Kollege Alda. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Deutschland ist ein reiches Land, und wir sind eine offene Gesellschaft. Eigentlich sind das gute Bedingungen für die Menschen, hier ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Nun: Das gelingt in Teilen, in anderen Teilen auch nicht. Es gelingt vielen Menschen nicht, Fuß zu fassen, und andere wiederum geraten aus dem Tritt.

Die Ursachen dafür sind unterschiedlich. Krankheit, Behinderung, familiäre Situation und kultureller Hintergrund führen allzu oft dazu, dass den Menschen die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Arbeit

schwergemacht, wenn nicht sogar vorenthalten wird.

Anders als die Redner der Opposition, Herr Alda und Herr Kerkhoff, werde ich jetzt nicht ins Jammern verfallen, und ich werde das Land auch nicht schlechtreden. Im Gegenteil: Wir von den regierungstragenden Fraktionen sehen es als Aufgabe der Solidargemeinschaft an, hier zu helfen und zu unterstützen. Mit den Maßnahmen im Haushalt 2015 kommen wir dieser Verantwortung nach. Ich werde jetzt im Einzelnen darauf eingehen.

So werden bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten weitgehend alle bisherigen Maßnahmen fortgeführt, und mit der neuen Förderphase des Europäischen Strukturfonds wird es möglich sein, auch integrative Handlungskonzepte auf kommunaler Ebene zu fördern.

Beim Übergangmanagement Schule–Beruf werden wir mit den Produktionsschulen ein eigenes Modell für NRW entwickeln, das das Werkstattjahr ablösen wird. Der Vorteil der Produktionsschule wird sein, individuelle Lernprozesse im Verbund mit Arbeitsprozessen nachhaltig zu fördern. Wir können sicherlich davon ausgehen, dass über eine hohe Praxisorientierung Lernerfolge entstehen, die die betroffenen Jugendlichen wieder ermutigen werden, ihren Lernweg, ihren Schul- und Arbeitsweg bzw. ihren beruflichen Weg weiter zu verfolgen.

Die Bildung und die Vorbereitung auf den Schritt ins Erwerbsleben sind die Basis der Armutsvermeidung. Dort, wo Menschen in Armut leben, gilt es, die Armut zu bekämpfen. Wir müssen helfen, Perspektiven zu entwickeln, um beispielsweise dem Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit oder geringen Löhnen, Verschuldung und Wohnungslosigkeit zu entrinnen. Hierzu werden wir bewährte Programme und neue, innovative Projekte fördern und entsprechende Haushaltsmittel dafür bereitstellen. Dazu gehört unter anderem das Förderprogramm, mit dem wir, die rot-grüne Koalition, die bislang bundesfinanzierte Schulsozialarbeit weiterführen, um nicht zu sagen: retten.

Fast 150 Millionen € werden wir in den nächsten drei Jahren investieren, um damit 1.500 Stellen bei der Schulsozialarbeit zu erhalten und die unbestritten wichtige Arbeit weiterführen zu können, die mit dazu beiträgt, den anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nahezubringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Übrigen handelt es sich um Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums der Betroffenen. Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass dies Aufgabe der Bundesregierung ist, die sich an dieser Stelle schlichtweg verweigert.

In den nächsten drei Jahren muss es darum gehen, das BuT, das Bildungs- und Teilhabepaket, um die

Aufgabe „Strukturerhalt zur Vermittlung der Bildungs- und Teilhabeleistung“ zu erweitern. Heute geht es uns in der Regierungskoalition darum, Verantwortung zu übernehmen. Denn wir in NRW lassen die Kinder und die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen in den Kommunen nicht im Regen stehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiteres wichtiges Anliegen für uns ist die Fortführung der gesellschaftlichen Inklusion. Hierzu gehört natürlich der Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, wie wir das zum Beispiel mit den „Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben“ tun werden, genauso wie die Normierung von Gesetzen und die Förderung von Projekten zur Vermittlung von Betroffenen in den Arbeitsmarkt.

Mit dem Inklusionsstärkungsgesetz werden bislang freiwillige Unterstützungsleistungen, wie zum Beispiel bei den Kommunikationshilfen, Rechtsgültigkeit erhalten.

Natürlich lassen sich in der Kürze der Zeit nicht alle wichtigen Projekte und Maßnahmen aufführen. Ein Thema möchte ich jedoch noch kurz ansprechen; Kollege Scheffler sprach eben auch schon davon. Es geht um die Finanzierungssituation der Betreuungsvereine.

In nächster Zukunft gilt es, die Struktur und auch die Förderkriterien des Betreuungswesens in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln. Als Sofortmaßnahme erhöhen wir die Fördermittel um 200.000 €. Mit der Erhöhung dieses Haushaltstitels geht es zunächst einmal darum, die wichtige Arbeit der Betreuungsvereine zu erhalten und auch das große Engagement zu würdigen.

Es gibt natürlich weitere wichtige Maßnahmen, unter anderem den Härtefallfonds, die Obdachlosenhilfe, die unsere Solidarität mit den Benachteiligten in unserer Gesellschaft aufzeigen. Es sind Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Benachteiligung.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2015 mit den von uns eingebrachten Änderungsanträgen bietet eine gute Grundlage für diese solidarische Politik, und er verdient in der Tat unser aller Zustimmung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Herr Scheffler, ich möchte direkt auf Sie zukommen. Als Sie

vorhin in Ihrer Rede zum Einzelplan 11 gesprochen haben, haben Sie gesagt: Der Kurs bleibt klar.

Darüber hinaus haben Sie gesagt, wohin der Kurs gehen soll, nämlich zu mehr Gerechtigkeit. Im Weiteren haben Sie ausgeführt, dass dieser Weg hin zu mehr Gerechtigkeit für Sie über mehr Arbeitsplätze führt.

Zum Schluss haben Sie sich auf den Sozialbericht bezogen; insofern müssen Sie ihn auch gelesen haben. Aus dem Sozialbericht sowohl des Bundes als auch Nordrhein-Westfalens geht ganz klar hervor, dass mehr Arbeitsplätze nicht unbedingt weniger Armut bedeuten. Gleich bleibende Armut bzw. steigende Armut kann nicht mehr Gerechtigkeit bedeuten.

Vonseiten des Ministeriums wird immer noch ganz klar gesagt: Ja, Vollbeschäftigung ist unser Ziel. – Wenn das der klare Weg ist, dann stimmt Ihr letztes Ziel, das Sie danach angegeben haben, nicht. Denn eigentlich wird immer gesagt: Unser Ziel ist weiterhin die Vollbeschäftigung. – Jetzt sagen Sie: Unser Ziel ist Gerechtigkeit. – Zu Gerechtigkeit kommt es aber komischerweise nicht über mehr Arbeitsplätze. Das haben die Sozialberichte gezeigt, aus denen Sie zitiert haben. Jetzt dürfte es auch nicht besonders verwundern, dass ich meiner Fraktion genau aus diesem Grund – denn meiner Meinung nach ist die Zielsetzung falsch – nicht empfehlen kann, diesem Einzelplan zuzustimmen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Scheffler zulassen?

Olaf Wegner (PIRATEN): Ja, bitte.

Michael Scheffler (SPD): Herr Kollege, haben Sie vielleicht auch wahrgenommen, dass ich in meinem Beitrag gesagt habe, dass es natürlich auch darauf ankommt, die Menschen so zu bezahlen, dass sie von ihrer Hände Arbeit leben können, und dass zum Beispiel der Mindestlohn, der ab dem 1. Januar 2015 greifen wird, hier ein ganz wichtiges Instrument ist? Ich glaube, das müssen kommunizierende Röhren sein. Sonst wird das überhaupt nicht funktionieren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Auch das habe ich wahrgenommen. Ich bin allerdings nicht darauf eingegangen, weil ich die 8,50 € – ich begrüße die 8,50 € als einen ersten Schritt –, im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Altersarmut für einen Witz halte. Sie müssten es auch nachrechnen können und wissen, dass man angesichts der heutigen Renten-

beiträge und Rentensätze von einem Mindestlohn von unter 12,50 € gar nicht zu reden braucht, um die Altersarmut in den Griff zu kriegen.

Wie gesagt, ich habe nichts gegen 8,50 € Mindestlohn. Nur, zu sagen, dass das zur Bekämpfung der Altersarmut dient, passt nicht. Rechnerisch geht es nämlich nicht auf.

(Beifall von den PIRATEN)

Eines möchte ich noch kurz zur Schulsozialarbeit sagen. Ein Antrag dazu liegt noch nicht vor. Wir nehmen ganz stark an, dass die Schulsozialarbeit im Einzelplan 11 bei Arbeit und Soziales angesiedelt sein wird.

Wir freuen uns sehr, dass Sie eingesehen haben, dass die Schulsozialarbeit weiterhin vom Land unterstützt werden muss, auch wenn sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt. Das haben auch wir immer so gesehen; eigentlich müsste es der Bund zahlen. Wir können nur nicht nachvollziehen: Wieso brauchen Sie anderthalb Jahre, um den Menschen eine Sicherheit zu geben?

(Beifall von den PIRATEN – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Weil wir mit dem Bund geredet haben! – Daniel Schwerd [PIRATEN]: Ja, ja! Wir auch!)

Wir haben schon vor anderthalb Jahren gesagt, dass es ein massives Problem bei den Schulsozialarbeitern gibt. Denn sie haben schon im August letzten Jahres angefangen, sich zu bewerben. Das heißt, am Ende des Jahres gab es schon viel weniger Schulsozialarbeiter als vorher. Diese Situation haben Sie bis ganz knapp vor Dezember beinahe eskalieren lassen. Ich fand es sehr bezeichnend von Herrn Mostofizadeh, dass er gesagt, er möchte gar nicht die Schulsozialarbeit retten. – Nein, das hat er gar nicht gesagt. Er sagte: Wenn wir jetzt nicht eingeschritten wären, hätten wir sie nicht wieder aufbauen können.

Genau das ist das Problem: Sie haben die Schulsozialarbeit durch Ihre Abwartehaltung eigentlich praktisch zerstört. Daher muss sie jetzt wieder neu aufgebaut werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Vorbemerkung: Natürlich ist und bleibt es Ziel dieser Landesregierung, Vollbeschäftigung wiederherzustellen,

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Ui, ui, ui!)

und dies ist auch möglich.

(Lachen von Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Wir haben in einigen Bereichen des Landes Arbeitslosenquoten um 3 %, und dies ist volkswirtschaftlich betrachtet fast Vollbeschäftigung.

Natürlich geht dies nicht nur über politische Entscheidungen. Man sollte die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die Verläufe in der Wirtschaft nicht überstrapazieren. Im Übrigen ist es ganz interessant, dass Liberale und Konservative der Politik hier sehr viele Handlungsmöglichkeiten einräumen, während sie andererseits sehr gerne der Wirtschaft freien Lauf lassen wollen, weil die vermeintlichen Marktgesetze alles auch sozial regeln würden. Ich glaube dies nicht. Ich glaube aber, dass Vollbeschäftigung möglich ist.

Meine Damen und Herren, der Etatentwurf 2015 ist auch für das MAIS von weiteren Schritten zur Konsolidierung, aber auch von notwendigen Investitionen für die Erhaltung der Zukunftsfähigkeit und der sozialpolitischen Zukunftsfähigkeit NRW geprägt. Für den Gesamtetat des MAIS ergibt sich im Vergleich zu 2014 eine Ausgabensteigerung von rund 280 Millionen €, die im Wesentlichen auf Veränderungen im gesetzlichen Bereich zurückzuführen sind.

Vorab – auch darauf haben viele Redner schon hingewiesen –: Das Land sichert die Schulsozialarbeit für die nächsten drei Jahre. Allerdings bedeutet dies nicht, dass sich das Land mit einer neuen Pflichtaufgabe beschäftigen wird. Der Bund – und da sind sich im Übrigen alle Bundesländer einig –

(Lothar Hegemann [CDU]: Nein!)

ist in Verbindung mit dem Bildungs- und Teilhabepaket nach wie vor der Verantwortliche für die Schulsozialarbeit. Denn es handelt sich hierbei nicht um Bildungspolitik, sondern um Sozialpolitik.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wer hat denn den Kompromiss im Bundesrat aufgekündigt?)

– Sie schreien immer dazwischen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Burkert zulassen?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Bitte schön.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege.

Oskar Burkert (CDU): Herr Minister, am 24. Januar hat das Nahles-Ministerium auf ein Schreiben von Bündnis 90/Die Grünen wie folgt geantwortet: Der Bund allerdings sieht das anders. In einer Stellungnahme schreibt das Nahles-Ministerium am

24.01.2014, die Schulsozialarbeit gehöre sehr wohl zum Bildungsbereich. Und dieser sei den Ländern zugewiesen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Aha!)

Wie nehmen Sie dazu Stellung?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich sprach eben von einer übereinstimmenden Haltung der Bundesländer. Es ist bekannt, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hier eine andere Auffassung vertritt. Spätestens dann, wenn es zu einer Evaluierung des Bildungs- und Teilhabepakets kommt, wird diese Frage wieder auf der politischen Agenda stehen.

Meine Damen und Herren, 2015 startet die neue ESF-Förderphase. Förderschwerpunkte bilden Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung, zur Inklusion von Menschen mit Behinderung sowie Projekte zur Integration. Hierfür werden 30 Millionen € bereitgestellt. Über die öffentlich geförderte Beschäftigung, die in Nordrhein-Westfalen dringend erforderlich ist, über Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren werden wir gerade langzeitarbeitslosen Menschen weitere Angebote machen.

Ich sage aber nochmals: Wir brauchen hier die Unterstützung des Bundes.

(Serap Güler [CDU]: Bei allem!)

Der Bund berät ja gerade darüber, weitere 30.000 Stellen für Langzeitarbeitslose zu finanzieren. Wir werden uns natürlich an diesem Programm beteiligen.

Wir werden weiterhin unser Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ finanzieren. Hierfür stehen 29 Millionen € zur Verfügung. Das Programm ist sehr gut angelaufen; im Moment befinden sich 198.000 junge Menschen darin. Diese Maßnahme wird auch dazu führen, dass Berufswünsche realistischer werden. Über diesen Weg werden wir zudem die immer noch zu hohe Abbrecherquote bei den Auszubildenden absenken. Wir helfen so, den Fachkräftebedarf gerade in Klein- und Mittelbetrieben zu sichern, zum Beispiel über die Berufsausbildung selbst sowie über die Maßnahmen für Beschäftigte und Unternehmen.

Eines verstehe ich nicht: Herr Alda, Sie kommen immer damit, dass ich keinen Zugang zu Klein- und Mittelbetrieben hätte.

(Ulrich Alda [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Nun muss ich Ihnen sagen: In der vorletzten Woche ist mir eine hohe Ehre zuteilgeworden – ich habe

nämlich den renommierten Georg-Schulhoff-Preis der Handwerkskammer Düsseldorf verliehen bekommen,

(Beifall von der SPD)

und zwar für jahrzehntelange Aktivitäten zur Sicherung der Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen. Das war sehr gut, und ich habe natürlich diese Preisvergabe zum Anlass genommen, um auch über Bürokratisierung und Entbürokratisierung zu sprechen.

Natürlich hat ein Dachdecker in erster Linie Dächer zu decken statt Formulare auszufüllen. Was meinen Sie wohl – wenn jemand die betriebliche Praxis kennt, dann bin ich das, nicht in erster Linie Sie und Ihre Partei.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP:
Was für eine Arroganz! Oho!)

– Wissen Sie was?

(Zuruf von Ulrich Alda [FDP])

Ich muss mal darauf hinweisen, dass in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts mehr Handwerker in der SPD waren, als die FDP Mitglieder hatte.

(Heiterkeit von der SPD – Zurufe von der FDP)

Wir haben hier keinen Nachholbedarf in Richtung Entbürokratisierung und im Hinblick auf das, was man gerade kleinen und mittleren Unternehmen zumuten kann. Da sind wir sehr realistisch.

Meine Damen und Herren, natürlich wollen wir auch weiterhin über einen wirkungsvollen Arbeitsschutz und eine humane Arbeitsgestaltung die Gesundheit der Beschäftigten, ihre Leistungsfähigkeit und damit auch die Innovationsfähigkeit in der Wirtschaft sichern und ausbauen.

Im Übrigen müsste eigentlich jeder mitbekommen haben, dass Stress ein ganz entscheidender Diskussionsgegenstand im Rahmen der sogenannten Humanisierung der Arbeit ist. Informieren Sie sich darüber bei den Krankenkassen, bei den Berufsgenossenschaften, beim BMA, oder – wenn das alles für Sie ungläubwürdig ist – diskutieren Sie doch mal mit Vertretern der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft über das Thema „Stress“ und wie man sich dort diesem Thema nähert.

Meine Damen und Herren, natürlich geht es auch um die Integration. Hier stehen wir vor neuen, sehr wichtigen Aufgaben. Das bezieht sich auf die Integration der Flüchtlinge, die bisher zu uns gekommen sind und die noch kommen werden. Diese Flüchtlinge werden nach allem, was man derzeit abschätzen kann, zu einem großen Teil bei uns bleiben.

Daraus ergibt sich eine integrationspolitische Aufgabenstellung. Auch dieser Aufgabe werden wir gerecht. Wir verfügen durch unser Teilhabe- und In-

tegrationsgesetz über eine integrationspolitische Infrastruktur. Im Übrigen sind wir das erste Bundesland, das über ein solches Gesetz verfügt. In der Fachöffentlichkeit hat sich auch durchgesetzt, wie wichtig dieses Gesetz in Nordrhein-Westfalen ist.

Nur noch einige Bemerkungen zur Inklusion: Mit Genehmigung des Präsidenten darf ich aus einem Artikel des „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 28. November 2014 zitieren:

„In Nordrhein-Westfalen ist das Inklusionsklima am besten. Zudem weist NRW hinter Hessen die höchste Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten in Deutschland aus. Zu diesem Ergebnis kommt das Inklusionsbarometer Arbeit der Aktion Mensch nach einer Umfrage des Handelsblatt Research Institutes.“

Das ökonomisch starke Baden-Württemberg liegt demgegenüber am Ende. Von wegen Abstiegsplatz – das ist Champions League! Das ist Champions League auch im Hinblick auf die Beschäftigung von Schwerbehinderten.

Natürlich ist das kein Ruhekissen, und wir werden auch nicht in Selbstzufriedenheit verfallen. Alles kann man besser machen. Aber wenn hier gesagt wird, dass wir beim Thema „Inklusion“ nicht handeln würden und dass wir die Menschen mit Behinderungen nicht ernst nehmen, dann ist das ganz einfach eine Darstellung der Wirklichkeit, die mit eben dieser nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, Ihre Redezeit.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Wir werden im nächsten Jahr hier im Plenarsaal unser Inklusionsstärkungsgesetz diskutieren und verabschieden. Auch hier werden wir das erste Bundesland sein, das über ein solches Gesetz verfügt.

Wir werden den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ wieder auflegen. Wir werden unser Programm gegen die Obdachlosigkeit fortführen. Im Übrigen sind wir auch hier das einzige Bundesland mit einem solchen Programm.

Wir werden alles daran setzen, meine Damen und Herren, dass NRW, was die Sozialpolitik anbelangt, an der Spitze aller Bundesländer dieser Republik bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute und 20 Sekunden überschritten hat. – Ich rufe für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler auf.

Serap Güler (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier an dieser Stelle, wenn es um die Integrationspolitik ging, nie den Haushalt kritisiert. Das werden wir auch heute nicht tun. Wir haben immer die Politik und das integrationspolitische Verständnis der Landesregierung kritisiert. Das werden wir auch heute tun.

Bevor Sie jetzt aber abwinken und das, was kommt, als Oppositionsrhetorik abtun, lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

„Die Integrationspolitik hat unter Schneider leider an Strahlkraft verloren.“

(Beifall von der CDU)

„Das Tagesgeschäft ist ihm eine lästige Pflicht.“

Das ist ein Satz, der nicht etwa aus einer meiner Pressemitteilungen stammt – das mag man jetzt annehmen –, nein, das ist ein Satz aus dem „Kölner Express“ vom 19. November 2014, ganz aktuell.

(Minister Guntram Schneider: Der Boulevard lebt!)

Die Zeitung hat damit in nur zwei Sätzen die integrationspolitische Bilanz des Ministers zusammengefasst. Vom legendären Elan Nordrhein-Westfalens der Jahre seit 2001, als hier im Landtag fraktionsübergreifend die Integrationsoffensive beschlossen wurde, ist nichts übrig geblieben. Wir sind schon längst nicht mehr Vorreiter in der Integrationspolitik und alles andere als die Champions League, Herr Minister.

In den zentralen Fragen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik spielt der zuständige Minister kaum bis gar keine Rolle.

(Minister Guntram Schneider: Ach!)

Deshalb wundert es auch nicht, dass manche Zeitungen schon über eine Ablösung spekulieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die derzeit größte integrationspolitische Herausforderung ist sicherlich die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen. Wenn der Flüchtlingsgipfel eine Entlastung der Kommunen mit sich bringt, ist das ein wichtiger Erfolg. Der Erfolg des Gipfels muss sich aber bei der Umsetzung erweisen, und hier ist die Landesregierung in der Pflicht.

Wenn der Bund die zugesagte Milliarde an die Länder überweist, muss alles komplett – jeder Cent, ohne Abzüge – an die Kommunen gehen. An den Fingern des Finanzministers darf nichts kleben bleiben.

Der Integrationsminister kommt beim großen Thema „Flüchtlinge“ nur am Rande vor, obwohl wir alle wissen, dass viele, die heute als Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen kommen, auch hier bleiben werden. Er selbst räumte das im Rahmen einer Ausschusssitzung ein, als er sagte, mit Flüchtlingen-

politik habe er weniger zu tun, das sei eigentlich Aufgabe des Innenministers. – Das sagt einiges über Ihr Verständnis von Integrationspolitik aus, Herr Minister, wobei ich Ihnen an dieser Stelle auch zugutehalten muss, dass Ihnen anscheinend Ihr politisches Gewicht im Kabinett sehr wohl bewusst ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines der großen Vorhaben dieser Landesregierung war es, die Integrationsratswahlen auf eine neue Grundlage zu stellen. Noch kurz vor der Wahl hat der Integrationsminister hier im Landtag dazu eine Pressekonferenz gegeben und auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen. Der Wahlsonntag sollte zu einem Hochamt für die Integrationspolitik werden.

Dagegen habe ich nichts. Bemerkenswert ist allerdings, dass im Integrationsministerium schon am Montag – sprich: einen Tag nach der Wahl – kein Mensch mehr an den Wahlsonntag gedacht hat. Auf die Anfrage meiner Fraktion, wie das Integrationsministerium den Ausgang der Wahlen zu den Integrationsräten bewertet, war die Antwort: Wir wissen nicht, wie die Wahlen ausgegangen sind, aber wir geben dazu eine Studie in Auftrag. – So sieht es also aus, wenn die Integrationspolitik dieser Landesregierung ein Hochamt feiert: völliges Desinteresse!

Ich gebe gerne noch einige weitere Beispiele.

Eine Kleine Anfrage hat gezeigt: Die Landesregierung kann nicht sagen, wie viele Migrantinnen und Migranten im Landesdienst tätig sind. Da stellt sich natürlich die Frage: Wie wollen Sie eigentlich die Wirksamkeit Ihrer Maßnahmen überprüfen?

An der von Ihnen immer wieder hochgelobten Landesinitiative „Vielfalt verbindet“ machen sage und schreibe ganze 14 Institutionen und Kommunen mit. Dabei gibt es Hunderte von potenziell Interessierten. Deshalb stellt man sich die Frage: Was haben Sie eigentlich in den letzten vier Jahren gemacht?

(Beifall von der CDU)

Denken Sie an die Förderung der Migrantenselbstorganisationen. Mich haben viele Briefe von Betroffenen erreicht, weil die groß angekündigte Förderung weitgehend der Haushaltssperre zum Opfer gefallen ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Jetzt werden viele kurz vor Jahresende neue Anträge stellen müssen, um überhaupt noch Fördermittel zu bekommen.

Der Eindruck, der sich bei den Menschen im Lande zunehmend verfestigt, ist Folgender: Es geht Ihnen nicht um effektive Verbesserung, sondern lediglich um den Eindruck, den Sie gerne hinterlassen möchten. Deshalb reden Sie auch so gerne über das Asylbewerberleistungsgesetz oder das Ausländerwahlrecht, über Dinge, weder der Landesintegrationsminister noch eine Mehrheit hier im Landtag beeinflussen kann. Das wichtigste Instrument Ihrer In-

tegrationspolitik ist weder Geld noch guter Wille. Es ist der Sand, der den Zuwanderern ins Auge gestreut werden soll.

Diese Politik, meine Damen und Herren, werden wir als CDU-Fraktion nicht mittragen und schon gar nicht unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Güler. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt noch zwei Minuten und sechs Sekunden Zeit. – Frau Güler, es bleibt mir nicht erspart, Ihnen das zu sagen: Ich habe schon den Eindruck, dass es für Sie eine Reizfigur im Kabinett gibt, und das ist der Minister Schneider. Der treibt Sie immer wieder um und auch zu Aussagen, die absolut nicht stimmen. Der Integrationsminister hat in keiner Ausschusssitzung gesagt, dass ihn die Integrationspolitik nicht interessiert. Bis jetzt war ich bei jeder Ausschusssitzung dabei. Deswegen bin ich ein bisschen überrascht.

Sie haben den „Kölner Express“ zitiert. Es kommt immer darauf an, welche Zeitung man liest. Entweder man hat Niveau oder nicht.

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

Der „Kölner Express“ mag Ihr Lesestoff sein. Wir haben einen anderen. Es gibt auch ganz viele Zeitungen, die uns für unsere Integrationspolitik loben. Deshalb sollte man an der Stelle nicht einfach versuchen, das mit einem Zitat aus dem „Kölner Express“ mal soeben abzutun. Wir als Politiker, die mit Integrationsproblemen konfrontiert sind, setzen uns für die Integrationspolitik ein. Wir wissen über die Situation in den Kommunen und der Menschen, die bei uns sind, sehr wohl Bescheid. Wenn wir uns dafür einsetzen, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, dann ist das völlig richtig.

(Beifall von der SPD)

Es muss auch dabei bleiben, dass wir uns dafür einsetzen.

Was die Migrantenselbstorganisationen betrifft, will ich Ihnen kurz sagen: Noch vor der Haushaltssperre wurden ganz vielen Migrantenselbstorganisationen die Bescheide zugestellt. Dann kam die Haushaltssperre. Ich bin sicher, dass diejenigen, die sich noch auf der Warteliste befinden, ihre Bescheide bekommen werden.

Zum Thema „Schulsozialarbeit“: Herr Alda, ich glaube, wir leben in unterschiedlichen Welten. Was ich von den Schulsozialarbeitern und von den Schulen zurückgekoppelt bekommen habe, ist, dass sie sehr glücklich darüber sind, dass wir das jetzt ge-

schafft haben, obwohl das gar keine Landesaufgabe ist.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD] – Torsten Sommer [PIRATEN]: Alle beide sind sehr glücklich, das stimmt!)

Dann kommt es ganz darauf an, ob und wo man sich bewegt. Mein Eindruck ist: Wir haben da etwas Gutes hinbekommen. Herr Wegner hat es gerade auch noch einmal gesagt – ich bin gleich fertig, Herr Präsident, denn ich sehe, dass meine Redezeit zu Ende ist –:

Wir haben in der Integrationspolitik seit vielen Jahren viel Gutes bewirkt. Die Kommunalen Integrationszentren und unser Integrationslotsenprogramm – all das werden wir mit diesem Haushalt weiter zu Recht fortführen, weil das nämlich die Strukturen stärkt und weil das den Menschen, also den Migrantinnen und Migranten, hilft. Ich bin sicher: Die Kommunalen Integrationszentren werden ihre Aufgaben noch erweitern, um sich auch um die Flüchtlinge zu kümmern, die zu uns kommen.

Jetzt wollte ich eigentlich noch etwas zum Papke-Papier sagen. Aber ich glaube: Das hat sich von selber erledigt, denn dazu hat niemand etwas gesagt. – Danke.

(Beifall von der SPD und Arif Ünal [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Yetim. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben bei den Haushaltsberatungen auch die Gelegenheit, ein bisschen grundsätzlicher zu sprechen, auch wenn das Zeitbudget sehr knapp ist.

Wir haben in Deutschland lange Zeit zwei Positionen gehabt. Die eine Position, auf der politischen Rechten hat gesagt: Deutschland ist kein Einwanderungsland. – Die andere, auf der eher politisch Linken hat gesagt: Jeder, der zu uns kommt, ist automatisch eine Bereicherung. – Beides ist so nicht richtig, und beides hat dazu geführt, dass wir keine aktive Integrationspolitik betrieben haben.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Wer hat das denn gesagt?)

Trotzdem haben es Hunderttausende in diesem Land geschafft, sich fantastisch zu integrieren. Man sollte immer vorweg sagen, dass das eine große Lebensleistung ist, die wir als Parlament anerkennen.

(Beifall von Minister Guntram Schneider)

Es gibt eben auch Defizite, insbesondere dort, wo Bildungschancen fehlen. Deswegen war ein ganz entscheidender Punkt der Regierung Rüttgers/Pink-

wart, dass wir verbindliche Sprachtests im frühkindlichen Bereich eingeführt und diese mit Sprachförderung unterlegt haben, damit wir jedes Kind heranzuführen und damit jedes Kind in der Schule von Anfang an die besten Chancen hat.

(Beifall von der FDP)

Sie von Rot-Grün haben das aufgeweicht. Das war zwar nicht Herr Minister Schneider, aber er hat eben auch nicht öffentlich widersprochen, wie ich es von ihm hier erwartet hätte.

(Zuruf von Sigrud Beer [GRÜNE])

Ein zweiter Punkt, bei dem die Arbeit von Rot-Grün ebenfalls am Thema vorbeigeht, ist die Frage, wie wir mit den Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen umgehen. Das ist wiederum nicht der Kernbereich von Herrn Schneider, aber auch hierbei hat mir das öffentliche Widersprechen gefehlt. Wir haben bis heute keine systematische Konzeption für die Unterbringung der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen und damit verbunden eben auch nicht die frühe Förderung, die sprachliche Förderung, die Integrationsförderung, die an dieser Stelle notwendig sind.

Herr Schneider, bei aller Sympathie für Ihre Arbeit und den Umgang, den Sie im Dialog mit der Opposition pflegen: Das ist uns an dieser Stelle zu wenig. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie öffentlich die Stimme erheben und das stärker einfordern.

Es gibt einen Bereich, in dem Sie das mittlerweile getan haben, nämlich – das fällt eher in Ihren Kernbereich – das Thema „Armutsmigration“. Aber auch hier hätten wir uns viel früher entsprechende Initiativen der Landesregierung gewünscht. Wir erkennen an, dass das mittlerweile passiert. Wir haben uns als Opposition sehr stark eingebracht. Wir haben Sie ein Stück weit angetrieben. Ich sage mit einem gewissen Stolz: Ich freue mich, dass wir zu einer wahrscheinlich gemeinsamen Beschlussfassung kommen – auf Basis des Antrags, den die FDP-Fraktion im vergangenen Frühjahr vorgelegt hat.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen sehen, dass wir auf diese Art und Weise wieder Gemeinsames betonen. Wir haben – umgekehrt – dem Innenminister angeboten, dass wir uns in den Bereichen, wo Rot-Grün defizitär ist, beispielsweise in der Flüchtlingspolitik, konzeptionell beteiligen wollen. Er hat uns das zugesagt. Wir sind gespannt, wann endlich die entsprechenden Taten folgen. Die Worte allein reichen nicht. Wir messen Rot-Grün doch lieber an den Taten.

(Zuruf von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE])

Der vorgelegte Haushalt ist überschaubar; das wissen wir. Er wird auch nicht besser, wenn man ihn in Show-Anträgen, wie von den Piraten geschehen, verdoppelt. Deshalb werden wir den entsprechenden Antrag gleich ablehnen.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Wir auch!)

Wir müssen sehen, dass Sie die Kommunalen Integrationszentren auf den Weg gebracht haben. Wir haben kritisiert, dass die Möglichkeiten zu wenig flexibel sind, die man den Kommunen vor Ort gibt. Hier ist einiges passiert. Das erkennen wir an.

Insgesamt hätten wir uns trotzdem gewünscht, das andere stärker auf die kommunale Arbeit aufzusatteln und es viel individueller sowie flexibler zu machen. Da werden wir weiterhin der Stachel im Fleisch der Integrationspolitik bleiben.

Dementsprechend können wir an dieser Stelle den Haushalt in der vorliegenden Form nicht annehmen. Gleichwohl sind wir in manchen Grundzügen mit Ihnen einverstanden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und Serap Güler [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die grüne Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Velte.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier mit einigen Missverständnissen aufräumen.

Beginnen möchte ich mit einem Beispiel, um ein bisschen darauf hinzuweisen, worum es eigentlich geht. In meiner Stadt Remscheid trifft sich morgen der runde Tisch „Dialog Flucht“. Das ist eine Fortsetzung von anderen Zusammenarbeiten zu den Themen „EU-Zuwanderung“ und „Flucht“.

Er trifft sich morgen vor allem unter dem Aspekt der Dringlichkeit, weil es unendlich viele Menschen in meiner Stadt wie auch in anderen Städten gibt – ich bin sicher, dass das auch in Bonn und Köln der Fall ist –, die sagen: Wir wollen gerne helfen. Wir wollen unheimlich gerne diese Flüchtlinge, die in unserer Stadt angekommen sind, willkommen heißen. – Da kommen Menschen mit Geschenken, mit Spielsachen, mit Kleidung. Da bieten Menschen Wohnungen an. Da melden sich Lehrerinnen und Lehrer und sagen: Wir würden gerne Deutsch unterrichten.

Damit sind wir eigentlich bei diesem Themenkreis, um den es geht, nämlich dass Integration in den Kommunen stattfindet. Deswegen ist es gut und richtig, dass diese Landesregierung die Kommunalen Integrationszentren, die jetzt eine zusätzliche und wichtige Aufgabe bekommen, installiert hat. Es ist gut und wichtig, dass die Integrationsagenturen unterstützt werden, damit sie auch das zivilgesellschaftliche Engagement nach vorne führen. Es ist gut und richtig, dass wir einen Antrag stellen werden, dass 1 Million zusätzlich in diesen Haushalt eingestellt wird, damit wir genau dieses Thema „Ehrenamt“ vor Ort konzipieren und unterstützen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es geht doch im Wesentlichen – das ist auch im Piratenantrag der Fall – auch darum, die Zivilgesellschaft in ihrem Bestreben, die Menschen, denen es nicht gut geht, in unserer Gesellschaft zu unterstützen und zu stärken. Von daher finde ich es wichtig, dass wir auch in diesem Parlament einen Schulterchluss finden.

Ich finde es besonders dramatisch oder vielleicht etwas eigentümlich, wenn Frau Güler die Situation hier im Landtag zum Anlass nimmt, ohne eigene definierte Ziele in den Raum zu stellen, auf die Integrationspolitik dieses Landes einzuprügeln. Es ist gut, dass wir immer wieder gemeinsame Anlässe finden, aber es ist nicht gut, wenn wir in diesem sensiblen und empfindlichen Bereich politische Kämpfe austragen. Ich werbe dafür, dass wir noch einmal gemeinsam zusammenkommen. Ich danke Ihnen, Herr Stamp, dass Sie die Hand dazu gereicht haben.

Ich glaube, es ist wichtig, noch einmal klarzustellen, was das Land zur Unterstützung der Gesellschaft tun kann. Das Land kann fördern. Das Land kann fordern. Das Land kann Mittel zur Verfügung stellen. Das Land kann die Kommunen unterstützen. All das erfolgt bereits über die Kommunalen Integrationszentren, über die Förderung der Migrantenselbstorganisationen, von denen ich hoffe, dass sie jetzt verstärkt gefördert werden. All das kann das Land tun, aber das Land kann nicht die kommunale Arbeit machen. Und die kommunale Arbeit, Frau Brand, besteht darin, dass die bestehenden Mittel und Instrumente zur Stärkung der Zivilgesellschaft genutzt werden.

Ich werbe dafür, dass die Stadtgesellschaften sich aufmachen, sich mit der Frage EU-Binnenwanderung und Flüchtlingspolitik verstärkt beschäftigen. Aus meiner Stadt weiß ich, es geht. Es geht auch, dass sich die kommunale Politik darum kümmert, dass Menschen in Wohnungen untergebracht werden. Nur verordnen kann man Integrationspolitik nicht. Man muss dafür werben, und man muss versuchen, sie gut zu machen.

In diesem Sinne lehnen wir den Antrag der Piraten ab, freuen uns auf eine gute Debatte und stimmen natürlich diesem Teil des Einzelplans 11 zu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Velte. – Für die Piratenfraktion hat nun Frau Brand das Wort.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Deutschland ist ein Einwanderungsland – das ist bei Spitzenpolitikern fast aller Parteien die gängige Meinung und wurde schon vielfach

wiederholt, auch von unserer Kanzlerin. Die Menschen, die zu uns kommen, bereichern uns nicht nur kulturell, sondern sogar auch finanziell.

Einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zufolge entlasten sie auch noch den Sozialstaat in Milliardenhöhe. Umgerechnet bezahlt jeder Ausländer demnach pro Jahr 3.300 € mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an staatlichen Leistungen erhält. Die FDP würde es anders ausdrücken: Mit jedem Ausländer machen wir aktuell 3.300 € Gewinn. – Also ist doch alles gut.

Eigentlich müssten sich jetzt alle freuen. Doch was passiert gerade in unserer Gesellschaft? – Prominente Politiker spielen mit verbalen Streichhölzern, während sie auf dem Pulverfass gefüllt mit Fremdenangst, Sozialneid und Panikmache stehen. Sie reden völlig unverblümt von Sozialtourismus und Überfremdung. Und auf den Straßen marschiert der Nazi, und vor den Asylbewerberunterkünften trifft sich der Mob. Die Zahl der Anschläge auf Asylbewerberheime ist dieses Jahr bereits doppelt so hoch wie in den letzten beiden Jahren zusammen. In einem „Monitor“-Bericht konnte man sehen, wie in Ausländerbehörden mit den Menschen umgegangen wird. Ich sage denen, die das nicht gesehen haben: Das ist nicht schön.

Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit sind aber auch in der gesellschaftlichen Mitte Deutschlands tief verankert. Auch der normale, auf der Straße befragte Mensch, trägt diese diffuse Fremdenfeindlichkeit in sich, wenn er sagt: Ja, ja, da muss man helfen, aber doch bitte jetzt nicht direkt bei uns. Und überhaupt: Das reicht doch langsam. Wie viele sollen denn jetzt noch kommen?

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Damit es auch ein Integrationsland wird, müssen wir den Worten auch Taten folgen lassen. Integration heißt nicht nur, sich um die Menschen zu kümmern, die zu uns kommen. Integration heißt auch, sich um die Aufnahmegesellschaft zu kümmern und diese zu sensibilisieren. Und dafür wird es allerhöchste Zeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber wo sollen wir anfangen? – Laut einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt es noch nicht einmal Indikatoren zur Messung der Aufnahmebereitschaft. Unser Antrag hält die Möglichkeiten für die Landesregierung bewusst offen; denn wir wollen keine Idee oder Maßnahme von vornherein ausklammern.

Doch wo könnte man ansetzen? – Ich möchte Ihnen drei Möglichkeiten aufzeigen, für die unsere 30 Millionen € im Sinne der Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft eingesetzt werden sollen:

Als Beispiel nenne ich großen öffentlichen Veranstaltungen, wie die Kölner „den Mantel teilen“. Diese Veranstaltung ist ein positives Beispiel zur Schaffung von mehr Toleranz. Ich denke, dass den meis-

ten diese Veranstaltung bekannt ist. Daneben müssen aber auch kleinere Veranstaltungen vor Ort flächendeckend unterstützt werden. Wir müssen die Quartiere bespielen mit Nachbarschaftsfesten, Mitmachaktionen und Begegnungsmöglichkeiten, um das Miteinander fördern und den kulturellen Austausch offen und spielerisch zu gestalten.

Erinnern Sie sich, Herr Römer oder Herr von Grünberg? – Genau diese Dinge haben die Experten am vergangenen Freitag bei der Ausschusssitzung des EKW auch als Lösungsansätze gesehen. Uns ist natürlich bekannt, dass es in einigen Orten Bemühungen gibt, aber das ist immer von der Eigeninitiative und dem Engagement einzelner vor Ort abhängig. Hingegen sollte unser Anspruch sein, dass wir diese Maßnahmen professionalisieren und institutionalisieren. So ist unser Antrag zu verstehen.

Als Drittes möchte ich noch einmal auf den unfassbaren Bericht in der Sendung „Monitor“ eingehen. Dort wird deutlich, dass wir die interkulturelle Öffnung der Verwaltung noch viel stärker in den Fokus rücken müssen. Im Grunde sollte ein Kompetenzteam auf Landesebene allen 396 Ausländerbehörden einen Besuch abstatten und mit den Amtsleitern und Mitarbeitern Gespräche führen.

Nicht nur ich stelle mir die Frage, ob alle Mitarbeiter in den Ausländerbehörden den Anforderungen im humanitären Umgang mit den Menschen gewachsen sind. Viele Möglichkeiten, viele Wege, und daher brauchen wir einen viel größeren Etat. Es reicht eben nicht, Flyer und Broschüren zu drucken. Daher fordern wir die Verdopplung auf 60 Millionen €.

(Beifall von den PIRATEN)

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Lassen Sie uns diesen Paradigmenwechsel jetzt aktiv begleiten. Deutschland soll ein Integrationsland werden, und zwar jetzt.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung, erstens über den Einzelplan 11. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 11 in zweiter Lesung** mit Mehrheit **angenommen**.

Zweitens stimmen wir über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7407 ab. Hierzu hat die Fraktion direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir über den Inhalt ab. Wer stimmt dem Antrag so zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt gegen

diesen Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7407** mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zum

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

In Verbindung mit:

Gemeindefinanzierungsgesetz

In Verbindung mit:

Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung abdämpfen – Demografieansatz im GFG stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6685

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/7362

In Verbindung mit:

Steuererhöhungsspirale der Kommunalsteuern beenden – fiktive Hebesätze im kommunalen Finanzausgleich langfristig absenken!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6684

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/7361

Beide Anträge der CDU wurden gemäß § 82 Abs. 2 Ziffer b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgt.

Schließlich habe ich noch zwei weitere Hinweise: erstens auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7503 zum Einzelplan 03 und zweitens auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7517 zum Gemeindefinanzierungsgesetz.

Jetzt kann ich die Aussprache eröffnen. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der Gesamthaushalt